

Jahresbericht 2025/2026

Demokratie schützen und stärken



Pastor Dr. Bernd Kuschnerus,
Kirchenpräsident der Bremischen Evangelischen Kirche

A Demokratie schützen und stärken 5

1.	Demokratie unter Druck	5
2.	Demokratie, Grundgesetz, Menschenrechte.....	7
3.	Demokratie als Thema der Kirche.....	9
4.	Der Schutz der Demokratie als Thema der Kirche.....	10
5.	Positionierungen und Polarisierungsfallen	12
6.	Positionierung und Dialog	15
7.	Mit Gott gegen die Demokratie?	16
8.	Lebendiges Gedenken stärkt die Demokratie	17
9.	Der Dialog der Religionen stärkt die Demokratie	19
10.	Bildung stärkt die Demokratie	19
11.	Inklusion und Teilhabe stärken die Demokratie	20
12.	Gleichstellung stärkt die Demokratie.....	20
13.	Der Schutz vor Gewalt stärkt die Demokratie	21
14.	Die Kirche und die Diakonie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie	22
	Verzeichnis der Jahresberichte	24
	Verzeichnis der abgekürzt verwendeten Literatur.....	25

B Was noch zu berichten ist 27

	Gesamtkirchliche Einrichtungen	27
	Ökumene und Politik	28
	Ausbildungsreferat und Personalentwicklung.....	29

A Demokratie schützen und stärken

Der Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche hat in seiner Sitzung am 26./27. November 2025 eine Beschlussfassung zum Thema „Demokratie schützen und stärken“ gefasst. Bereits auf seiner Sitzung am 15./16. Mai 2024 hatte der Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche zur Europawahl 2024 eine Erklärung über „Demokratie schützen“ verabschiedet und vor Parteien gewarnt, „die extremistische Positionen und menschenfeindliche Einstellungen vertreten, Menschen diskriminieren, Hass und Hetze verbreiten“. Im November 2025 hat der Kirchenausschuss die Initiative junger Kirchentagsdelegierter begrüßt und zugesagt, sich mit der Beschlussvorlage zu befassen und konkrete Schritte zur Umsetzung auf den Weg zu bringen. Zugleich hatte der Kirchenausschuss darauf hingewiesen, dass „in einer basisorientierten Organisation wie der Bremischen Evangelischen Kirche [...] alle Bereiche und alle Organe miteinander diese Verpflichtung umsetzen“ müssten. Das betreffe „insbesondere auch die Gemeinden der Bremischen Evangelischen Kirche mit ihren Ordnungen“. Der für diesen Kirchentag zugesagte Bericht soll auch auf das Jahr 2025 und das erste Halbjahr 2026 zurückblicken, einige Perspektiven aufzeigen und Fragen stellen. Ich bedanke mich herzlich für alle Beiträge.

1. Demokratie unter Druck

Unsere Demokratie ist unter Druck. Das pfeifen die Spatzen von den Dächern und Kirchtürmen. Die Zahl und der Einfluss autoritär regierter Staaten nehmen zu. Es ist ein Aufstieg autoritärer Regime in Russland, Europa und den USA zu verzeichnen.¹ Antidemokratische Herrschaft scheint populär geworden zu sein.² Die Geltung der Menschenrechte, des Völkerrechts und regelbasierter Ordnungen steht unter massivem Druck. Tech-Milliardäre gewinnen an überaus großer Macht.³ Nicht zuletzt durch die kommunikativen Veränderungen des Social-Media-Zeitalters mit seiner Zersplitterung von Öffentlichkeiten steckt die öffentliche Vernunft in einer Krise.⁴ Hinzu kommt, dass im Zuge der verbreiteten Entinstitutionalisierung sich auch die intermediären Institutionen in der Krise befinden, also Strukturen, die zwischen Individuen und dem Staat vermitteln.⁵ Dazu gehören z. B. Parteien, Gewerkschaften, Verbände, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und nicht zuletzt die Kirchen.

¹ Snyder ⁴2025; Albright 2018; Thiele 2023, 288f.

² Applebaum 2021.

³ Mühlhoff 2025.

⁴ Dalferth 2022.

⁵ Müller 2021,15.

Man hat vermutet, dass insbesondere eine einseitige Fokussierung auf die Entfaltungsfreiheit des Individuums zulasten der Bedeutung gemeinschaftlicher Verantwortung und des Gemeinwohls geht.⁶ Das könne dazu führen, dass staatliche Vorgaben wie eine Impfpflicht mindestens als Übergriffe gewertet werden.⁷ Im Extremfall werde gerade die offene Missachtung von Normen gefeiert.⁸ Der Staat erscheine als bloßer Dienstleister, gegen den sich grundsätzliche Aggressionen richten, wenn er nicht den jeweiligen Einzelinteressen entsprechend „liefert“.⁹ Insbesondere scheint die Angst vor „Status- und Machtverlusten“ empfänglich für populistische Versprechungen zu machen.¹⁰ Auch in Deutschland verroht das Debattenklima und das demokratische Modell der Verständigung wird zunehmend infrage gestellt. Erschreckend viele Wahlberechtigte scheinen einer „Zerstörungslust“ zu folgen,¹¹ als seien sie „Biedermann“ und „Brandstifter“ in einer Person. Dazu kommt, dass gesellschaftliche Umbrüche und Krisen zutiefst verunsichern und sich Problembearbeitungen weniger an sachlichen-inhaltlichen Debatten zu orientieren scheinen als an Fragen von Zugehörigkeit, Abgrenzung und Identität.¹²

Nach dem Muster einer „Achse der Autokraten“¹³ attackieren Vertreter ausländischer Regierungen, wie die derzeitige Regierung der USA die europäischen Demokratien, und unterstützen offensiv populistische Parteien in Europa. Immer häufiger wird auf eine „hybride Kriegsführung“ autokratisch regierter Staaten gegen Deutschland hingewiesen.¹⁴ Insbesondere „plurale Demokratien mit ihren langen parlamentarischen Aushandlungsprozessen“ erscheinen „als besonders geeignete Ziele“.¹⁵

Nicht zuletzt müssen sich Demokratien im Umgang mit so grundlegenden Problemen wie dem Klimawandel und der Zerstörung der Biodiversität bewähren, deren Folgen schon jetzt zu spüren sind, für zukünftige Generationen aber noch viel gravierender sein werden.¹⁶ Die ESG weist angesichts vielfältiger weltweiter Krisen auf die Notwendigkeit hin, dass junge Menschen an Entscheidungen angemessen beteiligt werden müssen, die wesentliche Zukunftsfragen betreffen.

Es gibt von kirchlicher Seite eine Fülle von Aktionen und Veranstaltungen, Bekundungen und Verlautbarungen zur Stärkung der Demokratie sowie zur

⁶ Heidenreich 2026.

⁷ A.a.O., 98.

⁸ A.a.O., 78f.

⁹ A.a.O., 111.

¹⁰ Reckwitz 2024, 12.

¹¹ Amlinger/Nachtwey 2025.

¹² Nassehi 2024, 150ff; 159ff; 183.

¹³ Applebaum 2025

¹⁴ Bingener/Wehner 2025; Heidenreich 2026, 133f

¹⁵ EKD 2025, 82; 84

¹⁶ Heidenreich 2026, 134ff

Vergegenwärtigung von Menschenwürde und Menschenrechten und gesellschaftlicher Vielfalt. Inwieweit haben sie jeweils den Druck auf die Demokratie vermindert, den Einfluss von verfassungsfeindlichen, extremistischen und völkischen Parteien verkleinert und die vielfältigen Formen von Wut, Ausgrenzung und Verachtung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu untergraben drohen, in konstruktivere Bahnen lenken können? Haben die kirchlichen Kampagnen geholfen oder handelt es sich nur um „große Gesten“, die vor allem der Selbstberuhigung und Bestätigung dienen und erwartbaren Mustern folgen?¹⁷ Bewirken bestimmte Kirchenkampagnen vielleicht sogar das Gegenteil von dem, was sie sollten, wie einige meinen?¹⁸ Ich finde, diesen Fragen sollten wir uns selbstkritisch stellen. Ich würde mich freuen, wenn wir darüber sprechen.

2. Demokratie, Grundgesetz, Menschenrechte

Was wollen wir schützen, wenn wir die Demokratie schützen wollen? Der Begriff der Demokratie ist höchst umstritten und hat in Geschichte und Gegenwart sehr unterschiedliche Ausprägungen erfahren.¹⁹ Orientieren wir uns am Grundgesetz, dann treffen wir zunächst auf Grundrechte. Allen voran steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Artikel 1 I GG).

Mit dem Grundgesetz sind untrennbar die Menschenrechte verbunden: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Artikel 1 II GG).

Am Samstag, dem 18. April 2026, konnten wir die Eröffnung der EKD-Ausstellung ZUSAMMEN.FREI UND GLEICH in der Kirche „Unser Lieben Frauen“ feiern. Die Ausstellung, die durch ganz Deutschland tourt, nimmt insbesondere die Menschenrechte auf Bildung, Wohnen und Religions- und Weltanschauungsfreiheit in den Blick und macht sie spielerisch greifbar. An diesem inspirierenden Nachmittag und Abend hatten wir prominente Gäste. Eine besondere Ehre und Freude war es, Maria Kalesnikava bei dieser Veranstaltung begrüßen zu dürfen. Sie ist eine der zentralen Persönlichkeiten der belarussischen Freiheitsbewegung. Im Dezember wurde sie nach fünfjähriger politischer Haft in die Ukraine überstellt und erhielt dann Asyl in Deutschland. Die Haftbedingungen hatte sie nur knapp überlebt. Doch trotz allem, was sie erlebt hatte, strahlte sie Mut und Hoffnung aus. Ihre Botschaft war: „Menschenrechte sind nicht selbstverständlich. Wir alle können und müssen für sie

¹⁷ Nassehi 2024, 28ff; 150ff.

¹⁸ <https://www.evangelisch.de/inhalte/254570/14-04-2026/heinig-kirchen-und-afd-betrachten-sich-gegenseitig-als-inkompatibel>

¹⁹ Vorländer, ⁴2020, 8-11

eintreten.“ Und: „Man kann für Menschen kämpfen, auch wenn alle sagen, dass es keinen Sinn hat.“

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bringt grundlegende Prinzipien für die Struktur des Staates zur Geltung: Das Demokratieprinzip besagt vor allem: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt (Artikel 20 II GG). Die populistische Grundbehauptung lautet hingegen, es gäbe ein besonders zu unterscheidendes „wahres Volk“, das nur durch die jeweilige populistische Gruppe vertreten werde.²⁰ Mit dieser Ausgrenzung sollen politische Mitbewerber*innen und Institutionen delegitimiert werden. Das kann dazu führen, dass Bürger*innen den Anspruch auf Gleichheit vor dem Gesetz und gesetzlichen Schutz verlieren. Im Nationalsozialismus wurde ein verhängnisvolles Konstrukt von ethnischer Einheit propagiert. Wir kennen die entsetzlichen Folgen.

Das Rechtsstaatsprinzip schreibt u.a. fest, dass alle Staatsgewalt rechtlich gebunden ist und kommt in der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative zum Ausdruck (Artikel 20 II, III). Die so verstandene Demokratie ist keine Willkürherrschaft einer Mehrheit. Das schon im Staatsnamen angelegte Republikprinzip (Artikel 20 I) zeigt sich z.B. darin, dass es einen Bundespräsidenten und keinen König gibt (Artikel 54) und jede Volksvertretung aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen sein muss (Artikel 28 I).

Das Sozialstaatsprinzip (Artikel 20 I; Artikel 28 I) verpflichtet den Staat zur Sicherung von sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit. Beim 6. Heinrich-Albertz-Symposium am 4. Februar 2025 rief Prof. Dr. Bettina Kohlrausch die Bedeutung dieses Themas in Erinnerung, indem sie über „Soziale Ungleichheit als Gefahr für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt“ gesprochen hat.

Nach diesem Demokratieverständnis wird das Volk nicht als homogene Einheit verstanden, in der alle einer Meinung wären, die sich in einem einheitlichen „Volkswillen“ ausdrückt. Vielmehr wird das Volk als eine pluralistische Größe gedacht.²¹ Widersprüchliche Meinungen werden dadurch gefördert, dass es faire Regeln für Aushandlungsprozesse gibt.²² Die Demokratie scheint jedoch zugleich eines Minimums an Einigkeit zu bedürfen.²³ Im besten Fall handelt es sich um ein Wir, das Diversität und Differenz einschließt und sich nicht aus der Abgrenzung gegen andere speist.²⁴ Doch hier zeigen sich Probleme.

²⁰ Müller 2021, 23-26; 63f; Dalferth 2022, 21f.

²¹ Vorländer, ⁴2020, 108, Müller 2021 65f; Dalferth 2022, 69f.

²² Dalferth 2022, 54.

²³ Jüngel 1993, 300; Dreier 2018, 213f; Vorländer ⁴2020, 98; Thiele 2023, 187f.

²⁴ Dalferth 2022, 252ff.

3. Demokratie als Thema der Kirche

Dass sich die Kirche positiv zur Demokratie verhält, war nicht immer selbstverständlich. „Monarchie, Aristokratie, Diktatur und Demokratie wurden [...] schon theologisch als adäquate Form der Herrschaft aus christlicher Sicht vertreten“.²⁵

„Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“- unter diesem Titel erschien 1985 die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. In diesem sehr lesenswerten Text wird erstmals seitens der Kirche der vertiefte Versuch unternommen, das Verhältnis der Kirche zur demokratischen Staatsform theologisch zu beschreiben. Darin heißt es: „Als evangelische Christen (sic) stimmen wir der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkennt und achtet. Den demokratischen Staat begreifen wir als Angebot und Aufgabe für die politische Verantwortung aller Bürger (sic) und so auch für evangelische Christen (sic) (a.a.O.,12). „Auch die Demokratie“ sei „keine »christliche Staatsform«. Aber die positive Beziehung von Christen zum demokratischen Staat des Grundgesetzes“ sei „mehr als äußerlicher Natur“ (a.a.O.,14). Diese positive Bewertung bestehe auch darin, „dass [die Kirche] auch die gegebene Form der Demokratie daraufhin befragt, an welchen Stellen sie so verändert werden kann, dass Freiheit und Menschenwürde besser gewahrt, dass Gerechtigkeit und Frieden wirksamer gefördert werden können“. Die christliche Annahme der freiheitlichen Demokratie trage „den Charakter kritischer Solidarität“ (a.a.O., 17). Mit dieser Formulierung vermeidet es die Denkschrift, sich staatlich instrumentalisieren zu lassen.²⁶ Auch soll die Bedeutung der Kirche nicht durch eine besondere Staatsnähe gerechtfertigt werden. Angesichts eines heute wahrgenommenen Bedeutungsverlustes könnten Formulierungen wie „Demokratie braucht Religion“²⁷ eine entsprechende Versuchung darstellen.

Wenn wir uns als Kirche für die Demokratie als „die überzeugendste Form des politischen Zusammenlebens“²⁸ aussprechen, dann tun wir es vor dem Hintergrund biblisch begründeter theologischer Einsichten und Glaubenshaltungen. Alle Menschen sind Gottes Geschöpfe und haben von Gott her Würde. Alle sind in Christus Gottes Nächste, jede menschliche Person, in ihrer jeweils unvergleichlichen Besonderheit, unabhängig von Herkunft sowie biologischen, kulturellen, religiösen und weiteren Prägungen.²⁹ Dieser universelle und inklusive Gedanke ist selbstverständlich aus einer bestimmten religiös-theologischen Perspektive formuliert und lässt sich anderen nicht überstülpen. Die Kirche bedarf jedoch der theologischen Vergewisserung.

²⁵ Dalferth, 2022, 5.

²⁶ Vgl. zum Problem Dreyer 2018, 207f

²⁷ Rosa ⁴2022.

²⁸ https://www.kirche-bremen.de/fileadmin/aktuelles/1_presseservice/1_pressemeldungen/Statement-zur-Demokratie_final.pdf.

²⁹ Vgl. Dalferth 2022, 269-288

Eine Reihe von grundlegenden biblischen Texten spielen in der theologischen Diskussion um das Verhältnis von christlichem Glauben, Menschenrechten und Demokratie eine wichtige Rolle. So wird die Erschaffung des Menschen als Ebenbild Gottes mit der Menschenwürde verbunden. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit wird mit der Befreiung durch Christus (Galater 4,1.13), die Gleichheit – wie auch in der Beschlussvorlage vom November 2025 unter 1 - mit der Ebenbildlichkeit (1. Mose 1,27) und mit dem neuen Sein in Christus verknüpft (Galater 3,28).³⁰ Es lassen sich Wurzeln des Christentums mit Begriffen der Menschenwürde sowie der Freiheit und Gleichheit der Menschen zusammenbringen. Zugleich ist es wichtig, Demokratie und Menschenrechte dadurch nicht kirchlich zu vereinnahmen. Gerade ihre Pluralitätsfähigkeit soll doch verteidigt werden.

Schließlich ist festzuhalten, dass die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates die Entsprechung zur Religionsfreiheit bildet. Die Trennung von Staat und Religion bietet den Religionen erst den notwendigen Entfaltungsraum, allzumal in einer pluralistischen Gesellschaft.³¹ Diese Trennung bedeutet also gerade nicht, dass die Gesellschaft religiös neutral sein müsse oder dass es keine Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche geben dürfe oder die Religion aus der Öffentlichkeit in die Privatsphäre abgedrängt würde.³²

4. Der Schutz der Demokratie als Thema der Kirche

Eine zunehmende Zahl kirchlicher Veröffentlichungen spiegelt den zunehmenden Druck auf Demokratie und Menschenrechte wider.

Das gemeinsame Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz über das Thema „Demokratie braucht Tugenden“ aus dem Jahr 2006 betont die Chancen, die sich ergeben, wenn Menschen sich auf der Grundlage des christlichen Glaubens für das demokratische Gemeinwesen engagieren. Der Text formuliert auch Erwartungen an politische Akteure verschiedener Ebenen.

In dem gemeinsamen Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz „Vertrauen in die Demokratie stärken“ von 2019 geht es darum, „wie das Vertrauen in die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gestärkt werden kann - und wie man die Ursachen für zunehmende rechtspopulistische Einstellungen in unserer Gesellschaft angehen könnte.“

Das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Christliche Perspektiven für unser gesellschaftliches und politisches Miteinander“ von 2025 will angesichts der Folgen populistischer Politik in fünf Thesen „um eine Haltung der Vernunft, des Mitgefühls und der Selbstreflexion“ werben.

³⁰ Vgl. zuletzt auch: <https://www.velkd.de/erleben/publikationen/katalog/detail/gut-begrundet/>

³¹ EKD 1985, 13; Dreier 2018, 9-17; Vorländer ⁴2020,101.

³² Dreier 2018, 13; vgl. Jüngel 1993, 310.

Diese Veröffentlichungen zeigen eine Entwicklung: Angesichts der Gefährdungen der Demokratie werden neue Erwartungen an die Kirche gestellt. Die Kirche soll die Demokratie stärken. Sie soll mit dem Schatz ihrer biblisch-christlichen Überlieferungen für die Legitimation weltanschaulich-religiöser Pluralität eintreten. Die Kirche soll sich also nicht nur demokratische Werte zu Eigen machen oder auf ihre Kompatibilität mit ihrer Religion prüfen, sondern diese Werte selbst verteidigen und begründen. Diese Erwartungen werden sowohl von außen von politisch Handelnden vorgebracht als auch von innen – wie zum Beispiel durch unseren Kirchentag in seiner Sitzung am 26./27. November 2025. Auch die EKD-Synode hatte im Herbst 2025 beschlossen, Demokratiebildung und intergenerationales Lernen zum Themenschwerpunkt der Synodaltagung 2026 zu machen.

Auf der Themenseite „Demokratie und Kirche“ bietet die Evangelische Kirche Grundlagentexte zum Thema Demokratie, Informationen zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche sowie einen Überblick über Initiativen und Projekte.³³

Anlässlich der Kommunal- und Landtagswahlen 2026 blieben Landeskirchen und Diakonien nicht untätig. So gibt es eine Reihe von kirchlichen und diakonischen Kampagnen wie „Aufstehen für Menschenwürde und Demokratie“ (ökumenische Kampagne in Rheinland-Pfalz), „Für alle. Mit Herz und Verstand“ (ökumenische Kampagne in Baden-Württemberg); „Unser starkes Kreuz für Demokratie“ (Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern); „Herz statt Hetze“ (Evangelische Kirche in Mitteldeutschland). Es gibt zahlreiche Impulspapiere, Hintergrundinformationen, Veranstaltungen und Flyer. Die Materialien werden auch anderen Kirchen zur Verfügung gestellt³⁴. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden.

Über das Engagement der Evangelischen Kirche gegen Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus informiert ebenfalls eine Themenseite der EKD.³⁵ Sie soll deutlich machen, dass die „Evangelische Kirche in Deutschland [...] mit vielen anderen in Deutschland für eine auf der unverlierbaren Würde jedes Menschen gründende, offene, tolerante und gerechte Gesellschaft steht“. Dort werden auch Informationen und Material zur Verfügung gestellt.

Auch der Vorstand der Evangelischen Jugend arbeitet an einer Kampagne unter der Überschrift „Unser Kreuz – keine Haken“. Darin geht es ausgehend von kreuzestheologischen Gedanken um folgende Thesen: „1. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Punkt. 2. Vielfalt ist kein Risiko. Vielfalt ist richtig gut. 3. Nächstenliebe heißt: Wir lassen niemanden draußen stehen. 4. Frieden ist kein Rückzug. Frieden ist Mut. 5. Jetzt ist die Zeit zu hinterfragen. Und zu widersprechen. 6. Gerechtigkeit heißt:

³³ <https://www.ekd.de/demokratie-und-kirche-55562.htm>.

³⁴ <https://www.material-e.de/karte-10-thesen-von-christ-innen-gegen-rechtsextremismus/12-400009>

³⁵ <https://www.ekd.de/kirche-gegen-rechtspopulismus-und-rechtsextremismus-49866.htm>.

Wir teilen, was wir haben – auch unseren Reichtum. 7. Wer Hoffnung hat, widerspricht. Auch dem Hass“.

Gemeinsam mit den leitenden Geistlichen der Evangelischen Kirchen in Niedersachsen habe ich zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai 2026 und zu den niedersächsischen Kommunalwahlen im September 2026 und den Bremer Wahlen im Mai 2027 eine Erklärung unterzeichnet, über „Menschenwürde – Nächstenliebe – Zusammenhalt. Wir stehen dazu!“³⁶. Darin betonen wir, dass die freiheitliche Demokratie drei Generationen lang Frieden und Vielfalt in Deutschland ermöglicht hat und als Form politischen Zusammenlebens unübertroffen ist. Die Erklärung warnt jedoch auch vor antidemokratischen Tendenzen und hebt die demokratische Mitverantwortung aller hervor. Sie beinhaltet auch eine Selbstverpflichtung: „Als Kirchen fördern wir [...] Begegnungen über Unterschiede hinweg und treten für einen respektvollen Umgang ein – auch gegenüber denen, die anders denken, sprechen oder leben.“³⁷ Auch dazu stehen uns Materialien zur Verfügung.³⁸

An diesen Beispielen wird deutlich, dass die Kirche selbst Akteurin im Streit um die Demokratie geworden ist. Wir werden uns allerdings kritisch selbst fragen müssen, wie weit unsere bisherigen Strategien zum Schutz der Demokratie erfolgreich waren.

5. Positionierungen und Polarisierungsfallen

Wir äußern uns schon seit einigen Jahren anlässlich von Wahlen. „Wählen gehen? - Aber selbstverständlich!“ – Unter diesem Motto haben Edda Bosse und ich als Repräsentierende der Bremischen Evangelischen Kirche zur Teilnahme an der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 aufgerufen. Wir haben gesagt: „Die Welt ist kompliziert geworden. Die Unsicherheit ist in vielen Gesprächen und Begegnungen spürbar. Nicht kompliziert sind Nächstenliebe, Respekt und Toleranz. Das sind Kerne des christlichen Glaubens: Jeder Mensch hat von Gott dieselbe Würde und denselben Wert.“ Einen entsprechenden Aufruf, bei der Wahl „Menschenwürde, Nächstenliebe und Zusammenhalt“ zu beachten, gab es auch von Seiten der leitenden Geistlichen der evangelischen und katholischen Kirchen in Niedersachsen und Bremen und der Synodenvorsitzenden der evangelischen Kirchen. In dem Aufruf wurde auf die Notwendigkeit eines kritischen Dialogs zwischen allen demokratischen Kräften hingewiesen, um zu konsensualen Lösungen zu kommen. Benannt wurde auch der Schutz der Umwelt und des Klimas und der Blick auf die Bedarfe junger Menschen.

³⁶ <https://www.kirche-bremen.de/aktuelles/presse-service/nachrichten-details/kirchen-unterstuetzen-initiative-des-bundespraesidenten-tag-des-grundgesetzes-am-23-mai-2026-im-rahmen-einer-kampagne-fuer-demokratie/>.

³⁷ https://www.kirche-bremen.de/fileadmin/aktuelles/1_presseservice/1_pressemeldungen/Statement-zur-Demokratie_final.pdf.

³⁸ <https://www.evangelisch-in-niedersachsen.de/demokratie>.

Die BEK hatte zudem unter dem Titel #GesichtZeigenBremen in der Woche vor der Bundestagswahl eine Social-Media-Aktion gestartet. Zum Motto der Kampagne "Vielfalt und Toleranz – selbstverständlich" äußerten sich Menschen aus Kultur, Stadtgesellschaft, Diakonie und Kirche. Der Aufruf lautete: „Wir alle profitieren davon, in Demokratie und Freiheit leben zu können, die vor 80 Jahren nach einer furchtbaren Diktatur, nach einem von Deutschland ausgehenden mörderischen Krieg und dem Holocaust mit zig Millionen Opfern mühsam wieder aufgebaut wurde. Deshalb verteidigen wir diese Werte angesichts der extremistischen Bedrohungen in unserem Land gegen Hass, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Demokratie lebt vom Mitmachen – wählen zu gehen ist deshalb eine Selbstverständlichkeit! Wir haben die Wahl, unserem Land auch künftig ein menschenfreundliches, tolerantes und vielfältiges Gesicht zu geben.“

Das geforderte kirchliche Engagement birgt neue Herausforderungen. Das zeigte sich im Wahlkampf 2025, als die Berliner Bevollmächtigte des Rates der EKD und der Bevollmächtigte der katholischen Deutschen Bischofskonferenz die Unionsparteien davor gewarnt hatten, die Anträge für eine verschärfte Migrationspolitik mit AfD-Unterstützung durch den Bundestag zu bringen und dieses eine Reihe von Diskussionen mit Mitgliedern dieser Parteien nach sich zog. Ähnliches war im Blick auf die Großdemonstration am 8. Februar 2025 „Bremen hält zusammen“ zu sehen, bei der es um die gesellschaftspolitische Debatte um Migration und Integration ging. Dazu hatte der Kirchenausschuss erklärt: „Als Bremische Evangelische Kirche sind wir Teil des breiten Bündnisses in unserer Stadt, das sich entschieden gegen jede Form von Hass, Hetze und Gewalt wendet. Menschenfeindlichkeit widerspricht dem christlichen Glauben zutiefst. Christliche Nächstenliebe gebietet Toleranz und Respekt. Sie verpflichtet uns, Demokratie und Freiheit zu schützen. Eine sachbezogene politische Auseinandersetzung und die freie Meinungsäußerung sind elementare Bestandteile unserer pluralen und demokratischen Gesellschaft. Ausgrenzendes, radikales, extremistisches oder hasserfülltes Gedankengut, Reden und Handeln dürfen deshalb keinen Platz haben, weil sie die Demokratie beschädigen und unser friedliches Zusammenleben aufs Spiel setzen.“

Wenn die Kirche Partei ergreift, wird sie oftmals in die Rolle einer Partei gedrängt. Oder sie wird in das Spektrum politischer Parteien eingeordnet und entsprechend gelabelt. Das erleben auch wir immer häufiger in öffentlichen Auseinandersetzungen. Ich habe allerdings den Eindruck, dass der Wunsch, die Kirche möge sich aus der Politik heraushalten, vor allem dann vorgetragen wird, wenn die Äußerungen der Kirche nicht in das eigene politische Konzept passen. Mir ist es gleichwohl in den Debatten wichtig, Diskussionsangebote zu machen und Kritik wahrzunehmen.

Wir sind in allen Diskussionen vor eine besondere Aufgabe gestellt: Als Kirche äußern wir uns klar und positioniert. Das müssen wir. Und zugleich müssen wir so sprechen, dass wir unsere notwendige Distanz nicht verlieren. Die Beschlussvorlage vom November 2025 benennt unter Punkt 4 dieses Thema. Diesen Abstand braucht die Kirche gerade dann, wenn sie „gegenüber dem Staat und anderen Institutionen die

Aufgabe [hat], in Grundfragen des Gemeinwesens ihre Stimme zu erheben, Orientierung zu geben und den politischen Prozess kritisch zu begleiten“ (EKD 1985, 45f.). Denn als Kirche sind wir noch einmal etwas anderes als eine politische Partei oder eine politische Bewegung. „Politische Überzeugung und christlicher Glaube sind nicht identisch. [...] Die Kirche hat nicht die Funktion, dem einzelnen Christen [sic] die Entscheidungen, die er als Bürger [sic] zu treffen hat, abzunehmen.“³⁹ Auch wenn der neuesten Mitgliedschaftsuntersuchung zufolge nicht nachweisbar ist, dass sich Menschen von der evangelischen Kirche abwenden, weil ihr ein liberal-weltoffenes Profil zugeschrieben wird:⁴⁰ Der christliche Glaube ist nicht mit einem liberal-demokratischen Programm oder Wertekanon identisch, so wertvoll dieser sein mag.

Freilich wird in zugespitzten Debatten oft genug an uns die Erwartung herangetragen, dass wir entweder vollkommen gegen bestimmte Positionen oder Personen sind oder für diese. Wir leben in einer Zeit, in der Zwischentöne, Differenzierungen und Gesprächsfähigkeit nicht überall auf Gegenliebe stoßen. Doch „wo es nur noch um Zustimmung oder Ablehnung geht und eine Ansicht oder Position nicht mehr kritisch diskutiert, also im Pro und Kontra der Argumente auf ihre Richtigkeit, Wahrheit, Vernünftigkeit, Vertretbarkeit geprüft wird“⁴¹, gerät der demokratische Minimalkonsens unter Druck. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai 2025 wies Bischöfin Mariann Edgar Budde aufgrund der Erfahrungen in den USA darauf hin, dass es gerade gesellschaftliche Polarisierungen sind, die antidemokratischen Kräften in die Hände spielen. Tatsächlich lassen sich entsprechende politische Strategien ausmachen, die darauf abzielen, durch Provokationen und fundamentaloppositionelle Positionierungen Aufmerksamkeit und Mobilisierung zu erzeugen.⁴²

Mariann Edgar Budde ist die Bischöfin, die in ihrer Predigt im Gottesdienst anlässlich seiner Amtseinführung am 21. Januar 2025 den anwesenden Präsidenten der USA an zentrale biblische Botschaften erinnerte. Sie erntete ähnliche Reaktionen wie der Papst, als er sich angesichts des Iran-Kriegs zum Frieden äußerte und dazu, „sinnlose und unmenschliche Gewalt“ zu beenden. Das Engagement für Demokratie und Diakonie führt auch in Deutschland Kirche und Diakonie in das Zielfeld politischer Angriffe. So greift der vom Landesverfassungsschutz in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingestufte Landesverband einer Partei⁴³ programmatisch die evangelische und die katholische Kirche an.⁴⁴

³⁹ EKD 1985,45f.

⁴⁰ <https://kmu.ekd.de/kmu-themen/demokratie#c17834>.

⁴¹ Dalferth 2022, 159

⁴² Kumkar 2025, 173-211.

⁴³ <https://mi.sachsen->

[anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/rechtsextremismus/rechtsextremistische-parteien](https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/rechtsextremismus/rechtsextremistische-parteien).

⁴⁴ <https://www.evangelisch.de/inhalte/252435/01-02-2026/kramer-afd-programm-ist-kampfansage-kirche>.

Um es deutlich zu sagen: Ich bin der Meinung, als Kirche müssen wir im Blick auf Menschenfeindlichkeit und Demokratiegefährdung die Stimme erheben, klar und ohne Abstriche. Zugleich stellt sich die Aufgabe, wie wir nicht in die Polarisierungsfalle geraten, vor der Budde gewarnt hat.

6. Positionierung und Dialog

Dieser Aufgabe stellte sich Bischöfin Kirsten Fehrs, Ratsvorsitzende der EKD. Sie war am 21. Januar 2026 auf dem 7. Heinrich-Albertz-Symposium zu Gast. Das Heinrich-Albertz-Symposium wird veranstaltet von der Bremischen Evangelischen Kirche, dem AWO Landesverband Bremen e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. unter dem Thema „Frei, mutig, gelassen – Wie wir stark bleiben in einer gestressten Demokratie“ hob Kirsten Fehrs in diesem Jahr unseren Glauben als Quelle von Zuversicht und Widerstandskraft hervor. Sie betonte, dass das Grundgesetz in vielem verwandt sei mit den Grundorientierungen des christlichen Glaubens: „Darum sprechen die Kirchen ein klares Nein zu allen rassistischen, antisemitischen oder völkisch-nationalen Positionen. Eine Ideologie der völkischen Überlegenheit ist mit christlicher Haltung nicht vereinbar.“ Demokratie brauche Räume und Zeiten fürs kontroverse Miteinander. „Wollen wir Hass und Hetze den Boden entziehen, müssen wir mehr voneinander verstehen, einander zuhören und miteinander reden.“ Nicht die Auseinandersetzung, zuvorderst der Rückzug befördere Spaltung. Wir müssten daher alles tun, um mit Menschen, deren Meinung wir nicht teilen, zu reden und uns auseinanderzusetzen. Von ihrer Kirche wünsche sie sich, dass sie dafür ganz bewusst solche Begegnungsräume öffnet, in denen ein geregelter Gespräch stattfinden kann. Ein gutes Format seien die #VerständigungsOrte. Sie erfordern eine Haltung, in der wir anderen Menschen zuhören, uns für sie interessieren und nicht bloß belehren. Eine Unterscheidung zwischen uns, die auf der Seite des Guten stehen und den anderen, „die es noch nicht kapiert haben“ mag verführerisch sein. Der vielbeschworene Respekt gegenüber anderen jedoch bedarf auch der selbstkritischen Überprüfung der eigenen eingeschlagenen Wege.

Die Beschlussfassung des Kirchentags fordert eine Förderung des Dialogs. Vor diesem Hintergrund freut es mich besonders, dass der Kirchentag die Initiative zu einer fundierten öffentlichen friedensethischen Diskussion ergriffen hat. Wir haben dazu gleich zwei Veranstaltungen angeboten. Am Freitag, 6. März 2026, hat der EKD-Friedensbeauftragte, Landesbischof Friedrich Kramer (Evangelische Kirche in Mitteldeutschland) die Kernpunkte der Friedensdenkschrift erläutert und die unterschiedlichen Positionen während des Entstehungsprozesses dargestellt. Professor Reiner Anselm und Akademiedirektorin Dr. Friederike Krippner, die in der Leitung der EKD-Friedenswerkstatt und des Redaktionsteams maßgeblich an der Entstehung der neuen Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland beteiligt waren, sprachen am 16. April 2026 über das Thema: „Atomare Bedrohung und christliche Friedensperspektiven“. Sie sind auch auf das in der Denkschrift behandelte drängende Problem des hybriden Krieges eingegangen. Beide Vorträge

waren sehr facettenreich. Einige der Redebeiträge in der anschließenden Diskussion zeigten jedoch, dass es bei uns in punkto Debatten-Kultur noch Luft nach oben gibt.

7. Mit Gott gegen die Demokratie?

Die Feststellung, dass „Religion [...] keineswegs nur befriedende und konfliktmindernde [...] Effekte zeitigt“,⁴⁵ gilt auch für das Christentum. „Auch kirchliche Räume sind nicht frei von demokratiefeindlichen Einflüssen“, heißt es in der Kirchentagsbeschlussvorlage vom November 2025.

Am 9. April 2026, sprach Arnd Henze in der St. Remberti Gemeinde zum Thema „Mit Gott gegen die Demokratie - Warum der christliche Nationalismus alle angeht.“ Arnd Henze ist Journalist und vom Rat der EKD berufenes Mitglied der 13. Synode der EKD. Das einigende Motiv der unterschiedlichen religiösen Gruppierungen des „Christlichen Nationalismus“ in den USA sieht Henze neben einer religiös überhöhten Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika in einem ausgeprägten Rachemotiv, das der gegenwärtige amerikanische Präsident verkörpert. Der „Christliche Nationalismus“ erlebe gesellschaftliche Entwicklungen wie Gleichberechtigung und Öffnung für andere Lebensformen als Niederlagen in einem selbst angezettelten Kulturkampf. Daher suche die religiöse Rechte Revanche. Dieses Rachemotiv speise sich aus einer Mischung aus Allmachtsfantasien und einer Opferrolle. Mit den Wahlen 2016 und 2024 hätten sich für die „Christlichen Nationalisten“ reale Machtoptionen ergeben, die sie auch nutzten. Henze wies darauf hin, dass die „Nationalistische Rechte“ und die US-Regierung Gesellschaften mit starken pluralen und demokratischen Strukturen gezielt ins Fadenkreuz nehmen. Er zeigte auch Beispiele dafür, wie sich Kirchen und die Bevölkerung gegen die Abschaffung der Demokratie wehren. Schließlich rät er dazu, den Evangelikalismus vom „Christlichen Nationalismus“ mit seiner Militanz zu unterscheiden.

Zum gleichen Thema fand am 12. April 2026 online eine Veranstaltung unserer amerikanischen Partnerkirche, der United Church of Christ über „The Global Rise of Religious Nationalism: Implications & the Church's Response“ statt. Christlicher Nationalismus gerät dabei als Missbrauch von Religion in den Blick. Eine religiöse Tradition, eine politische Agenda und nationale Loyalität würden kombiniert, um Menschen anderer Glaubensrichtungen, Religionen oder Ethnien zu schaden. Rev. Phillip Peacock, Generalsekretär der World Communion of Reformed Churches und Kirchenpräsidentin der UCC Rev. Karen Georgia Thompson untersuchten, wie religiöser Nationalismus in verschiedenen kulturellen Kontexten weltweit in Erscheinung tritt.

Auch die Bremische Evangelische Kirche muss sich mit dieser Thematik auseinandersetzen. Aus aktuellem Anlass hatte der Kirchenausschuss erklärt: „Die

⁴⁵ Dreier ²2018, 15.

Bremische Evangelische Kirche steht für ein respektvolles Miteinander in Vielfalt und für die Gleichstellung aller Menschen. Sie tritt gegen jede Form von Diskriminierung ein und setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben ein. [...] Daher wendet sich der Kirchenausschuss der Bremischen Evangelischen Kirche gegen alle Versuche, den ausgrenzenden Kulturkampf eines christlichen Nationalismus insbesondere gegen Frauen- und LGBTQ-Rechte aus den USA zu importieren.“ In der Erklärung werden auch Versuche der Selbstviktimisierung abgelehnt. Dabei handelt es sich um eine Strategie, die vorliegt, „wenn sich jemand unbegründet zum Opfer eines Täters erklärt“. Eine solche „unbegründete Unterstellung von Täterschaft“ macht die Person, die sie vornimmt, in verdeckter Form „selbst zu einem Täter“⁴⁶. Es geht also nicht um echte Betroffenheit von Ungerechtigkeit oder Gewalt, sondern um Inszenierungen. Diese können z.B. dazu dienen, eigene Aggressivität zu legitimieren, eine Gruppenidentität zu stärken, andere zu verunglimpfen und Verschwörungsideologien zu bedienen.

Am 22. April 2026 referierte Dr. Daniel Rudolphi, Weltanschauungsbeauftragter der Landeskirche Hannovers, über das Thema „Christentum und Rechtsextremismus: Mit Gott gegen die Freiheit?“ Dabei kamen Überschneidungen, Netzwerke und Mosaikkonstellationen in dem genannten Feld in den Blick. Es handelte sich um eine Veranstaltung der Gemeinden St. Ansgarii und Unser Lieben Frauen in Zusammenarbeit mit der Ev. Jugend und der Gleichstellungsstelle.

Ein Fachgespräch zum Thema „Mit Populisten in der Kirche reden?!“ fand am 14. April 2026 im Kapitel 8 statt. Es ging um Argumente und Strategien. Gast war Dr. Frank Hiddemann, Leiter der Ökumenischen Akademie Ostthüringen und Dorfpfarrer in Frankenthal (Thüringen). Angesichts von Polarisierungen in Ost und West plädierte er gegen einen Kommunikationsabbruch mit Rechtspopulisten.

8. Lebendiges Gedenken stärkt die Demokratie

Gerade angesichts dessen, dass rechtsextreme Stimmen in Deutschland lauter werden, brauchen wir die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Am 27. Januar 2025 hat sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 80. Mal gejäht. In Gemeinden der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) gab es aus diesem Anlass Gedenkveranstaltungen, um die Erinnerung an den Nazi-Terror wachzuhalten und Impulse für eine friedliche Gesellschaft zu geben. Millionen Deutsche sind dem Rassenwahn und dem Gewaltrausch der Nazis gefolgt und haben dabei mitgetan. Das dürfen wir nie vergessen. Die Bremische Evangelische Kirche hat in Gottesdiensten und mit zahlreichen Veranstaltungen auch an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 erinnert.

Am Gedenken an die Opfer des 7. Oktober 2023 und an das Leiden der Zivilbevölkerung auf allen Seiten habe ich teilgenommen. In der Folge der Ereignisse

⁴⁶ Alle Zitate bei Zorn 2017.

im Nahen Osten hat der Antisemitismus auch bei uns immer erschreckendere Ausmaße angenommen. Mir ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die Bremische Evangelische Kirche Antisemitismus in jeder Form entschieden ablehnt und solidarisch ist mit den jüdischen Menschen in Bremen und mit der jüdischen Gemeinde.

Über die Ausstellung „Mariechen. Verfolgung, Verrat und Vernichtung einer Jugendlichen“, die unter anderem von der Bremischen Evangelischen Kirche gefördert wird, haben wir dem Kirchentag bereits berichtet. Wir freuen uns, dass diese Ausstellung im kommenden Jahr auch in Bremen gezeigt wird. Sie wird von unserem Arbeitsbereich Religionspädagogik in Zusammenarbeit mit PiKS mit einem pädagogischen Konzept für Schulklassen und Konfi-Gruppen begleitet, mit Führungen und Vertiefungsmaterialien. Wie die Aufarbeitung des Unrechts weitergehen kann, das Sinti* und Roma* nach 1945 erlitten haben, war die Fragestellung der Jahrestagung Netzwerk Sinti Roma Kirchen am 17.-18. April 2026 im Domkapitelhaus. „Wie sag ich's? Gemeinsam Sprechen“, war die spannende Tagung überschrieben, in der Herausforderungen in der antiziganismus-kritischen Bildungsarbeit bearbeitet wurden.

Wichtig ist auch unsere Verbindung nach Tschechien. Das tschechische Dorf Lidice steht als Synonym für die Kriegsverbrechen, die der NS-Terror verübt hat. Es steht aber auch für Neuanfang und Versöhnung. Im Rahmen der langjährigen Verbundenheit Bremens mit Lidice hatte ich am 13. und 14. Juni 2025 mit einer kleinen Gruppe die Gedenkveranstaltungen besucht und am 15. Juni mit Menschen aus Lidice, Kladno und Bremen den Gottesdienst gefeiert. Im September 2025 besuchten Präses Maria Esfandiari, Ausbildungsreferentin Ulrike Oetken und ich mit einer jungen Bremer Kirchendelegation Prag, Theresienstadt und Lidice. Auf dem letzten Kirchentag wurde darüber berichtet. Die Gastfreundschaft, die wir in Lidice erfahren haben, die Gesten der Versöhnung und der Freundschaft haben uns tief beeindruckt. Schon vom 24. bis 27. April 2025 und jetzt im Mai 2026 sind Gruppen aus Lidice und Kladno zu Gast in Bremen gewesen. Wir haben auch erfahren, dass es in Tschechien eine hohe Sensibilisierung für die Situation in der Ukraine gibt und für eine Bedrohung durch Russland.

Die Bremische Evangelische Kirche engagiert sich in der Ukrainehilfe. Sie lädt regelmäßig zu Ukraine-Friedensgebeten und Gedenkgottesdiensten ein. In diesem Jahr war anlässlich des vierten Jahrestages des russischen Überfalls auf die Ukraine Präses Maria Esfandiari am Gottesdienst beteiligt. Dieser Krieg steht im Hintergrund der Zeichnungen der in Odessa geborene Künstlerin Kateryna Dobroier. Das Kapitel 8 zeigte die Ausstellung „Ich träume vom Meer“, die am 20. März 2026 eröffnet wurde. Die Ausstellung „Kinder des Krieges“ der Bremer Künstlerin Dagmar Calais vom Januar bis März 2026 zeigte, dass Kinder immer zuerst Opfer im Krieg sind. Wir dürfen uns nicht an die brutale Absurdität des Krieges gewöhnen.

9. Der Dialog der Religionen stärkt die Demokratie

Dass das Gespräch der Religionen auch in weltpolitisch belastenden Zeiten nicht abgebrochen ist, sondern inzwischen wieder an Intensität gewonnen hat, betrachte ich als großes Geschenk. So treffen wir uns nicht nur auf Leitungsebenen zum christlich-jüdisch-muslimischen Gespräch. Es finden auch auf anderen Ebenen Einladungen und Gespräche und Feiern statt. Dazu gehört auch die Veranstaltung „Wir beten für den Frieden“, an der wir uns regelmäßig beteiligen, zuletzt am 13. Januar 2026. Seit 2005 findet das Friedensgebet jährlich im Rathaus statt.

10. Bildung stärkt die Demokratie

Demokratie wird nicht dadurch gestärkt, dass Menschen zu einer bestimmten Meinung überredet oder genötigt werden, sondern dadurch, dass sie in ihrem eigenen Meinungsbildungsprozess unterstützt werden.⁴⁷ Der Bericht des Evangelischen Bildungswerks hebt beispielhaft drei Veranstaltungen aus dem Jahr 2025 zum Thema „Demokratie schützen“ hervor. Das Projekt „Das Grüne Band“ bot fünf fünftägige Wander-Bildungszeiten am ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifen und verband historisch-politische Bildung mit aktuellen Fragen zu Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Kultur. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Kooperation mit der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt. Ergänzend wurde die Veranstaltung „Die Mauer in unseren Köpfen“ durchgeführt. Eine sechsteilige Vortragsreihe „Konflikte transformieren – Kriege vermeiden“ vermittelte Zusammenhänge friedlicher Konfliktlösungen und internationale Erfahrungen der Friedensförderung. Sie fand in Kooperation mit Partnern wie der „schwelle“ und weiteren Bremer Organisationen statt. Ergänzend wurde eine Bildungszeit zur Gewaltfreien Kommunikation angeboten. Das Projekt „Nie wieder ist jetzt!“ fördert Erinnerungskultur und stärkt demokratische Haltung sowie Zivilcourage durch Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsmysmen. In Kooperation mit Partnern wie der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen und dem City 46 wurden Film- und Gesprächsformate sowie Workshops umgesetzt. Für 2026 sind bereits Nachfolgeformate geplant.

Welche Rolle demokratierelevante Themen in unseren Ausbildungs-, Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen spielen, macht der Bericht von Pastorin Ulrike Oetken und dem PE-Team zum Ausbildungsreferat, der Personalentwicklung und Projekten deutlich. Zum Beispiel fanden im Februar 2025 Antirassismus-Trainings für Pfarrpersonen, diakonisch-pädagogische Mitarbeitende und Kirchenmusiker:innen statt. Der Pfarrtag am 26. August 2025 beschäftigte sich mit dem „Umgang mit Macht in der Kirche“. Dr. Elis Eichener von der Ruhr-Universität in Bochum hielt einen Impulsvortrag. Diskutiert wurde der Gedanke, dass Macht immer vorhanden ist und in

⁴⁷ Dalferth 2022, 54f.

allen pastoralen Handlungsfeldern eine Rolle spielt. Das Pastoralkolleg 2026 wird sich mit Rechtsextremismus und Demokratie-Förderung beschäftigen. Prof. Dr. Arnulf von Scheliha von der Uni Münster, OKR Dr. André Demut, Beauftragter für politische Angelegenheiten in Thüringen, und Wiebke Davids werden das Thema mit uns besprechen und Folgerungen für die eigene berufliche Praxis diskutieren.

Auch für den Arbeitsbereich Religionspädagogik ist Demokratiebildung ein zentraler Querschnittsauftrag. Er wird verstanden „als Förderung von Ambiguitätstoleranz, dialogischer Kompetenz und der Fähigkeit, religiöse und weltanschauliche Vielfalt konstruktiv zu gestalten.“ So wurde eine Materialsammlung für den Arbeitsbereich Konfi-Arbeit erstellt. In Zusammenarbeit mit der reformierten, der oldenburgischen und der hannoverschen Landeskirche wurde ein gut besuchter Fortbildungstag zu Rollenbildern, rechtsradikalen Einflüssen und Christfluencern im Bereich der sozialen Medien angeboten.

11. Inklusion und Teilhabe stärken die Demokratie

In den Berichten aus dem Bereich Seelsorge in Institutionen wird Demokratie als Ermöglichung von Teilhabe verstanden: Diakonische Einrichtungen wie Friedehorst oder der Verein für Innere Mission schaffen Zugänge für Menschen mit Beeinträchtigungen, indem sie sie in Veranstaltungen und Projekte einbinden. Krankenhäuser sind Orte der Vielfalt. Seelsorgende moderieren Team- und Team-Patient:innen-Konflikte. Sie üben aktives Zuhören, stärken Einzelne darin, ihre Anliegen in Worte zu fassen und unterstützen das Aushandeln von Kompromissen.

Inklusion ist ein Grundthema der Demokratie. Darum ist die Netzwerk- und Gremienarbeit der Fachstelle Inklusion so wichtig und die strukturelle Weiterentwicklung der Fachstelle von Bedeutung. Sie soll dazu beitragen, dass „Inklusionsthemen langfristig und verbindlich in der BEK verankert werden“. Aus dem Bericht der Fachstelle möchte ich den „Tag der Vielfalt“ hervorheben. Der erste Tag der Vielfalt 2025 wurde von der Gleichstellungsbeauftragten, Antonia Rumpf, mitinitiiert. Die Bildungsreferentin und Autorin Sarah Vecera sprach zu „Rassismus, Antirassismus und Rassismuskritik in der Kirche“. Am 2. Juni 2026 ging es um ein respektvolles und diskriminierungsensibles Miteinander, sowie um Teilhabe und Mitgestaltung. Dieser „Tag der Vielfalt“ stand unter dem Motto „Ich gehör‘ dazu. Demokratie im Alltag gestalten. Zukunftsfähig werden“. Filmregisseurin, Moderatorin und Künstlerin Mo Asumang und weitere brachten Impulse ein. Der Tag wurde gemeinsam mit der Diakonie Bremen von der Fachstelle für Inklusion, der Gleichstellungsstelle, und dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt vorbereitet.

12. Gleichstellung stärkt die Demokratie

„Die Bremische Evangelische Kirche fördert ein Zusammenleben in Vielfalt und die Gleichstellung aller Menschen. Sie wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung und setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben ein,“ heißt es in unserer Kirchenverfassung, Artikel 6.3. Dazu gab es eine Reihe

von Veranstaltungen und Projekten. Zu Beginn des Jahres 2025 fand in der ESG in Kooperation mit dem Rat&Tat Zentrum für Queeres Leben ein Vortragsabend statt. Dr. Klemens Ketelhut, der als Pädagoge zum Thema des Abends an der Uni forscht, referierte über „Religiöse Konversionsbehandlungen und ihre negativen Folgen“. Das Interesse war so groß, dass der Saal komplett gefüllt war. Eine Reihe von Haupt- und Ehrenamtlichen, die Gleichstellungsbeauftragte und ein ökumenisches Team haben sich am CSD und dem Gottesdienst beteiligt, der am 23.8.2025 in Bremen stattfand. Wir beschäftigen uns derzeit in einer intern und extern besetzten Arbeitsgruppe damit, einen Arbeitsprozess zur Untersuchung von Queerfeindlichkeit in der Bremischen Evangelischen Kirche auf den Weg zu bringen. In der von Melissa Runge und Antonia Rumpf gemeinsam geplanten und durchgeführten Veranstaltung „Let's talk about sex(uality)!“ ging es darum, Menschen über dieses sensible und oft kontroverse Thema miteinander ins Gespräch zu bringen. Die Rückmeldungen von Teilnehmenden waren ermutigend, weiter daran zu arbeiten.

13. Der Schutz vor Gewalt stärkt die Demokratie

Aus der Fachstelle Sexualisierte Gewalt heißt es: „Im Kontext des Jahresthemas ‚Demokratie‘ zeigt sich, dass die Arbeit im Bereich sexualisierte Gewalt grundlegende demokratische Prinzipien berührt. [...] Transparente Verfahren, klare Verantwortlichkeiten, die Möglichkeit zur Mitwirkung und das Recht, gehört zu werden, sind zentrale Elemente demokratischer Kultur. [...] Ein zentraler Schwerpunkt lag im Jahr 2025 auf der bewussten Entscheidung für Sichtbarkeit und Transparenz. Die BEK hat sich dazu bekannt, sexualisierte Gewalt nicht hinter verschlossenen Türen zu behandeln, sondern offen und verantwortungsvoll damit umzugehen. Dazu gehört auch, historischen Fällen nachzugehen, Zeugenaufrufe zu veröffentlichen und Verfahren nachvollziehbar zu machen. Diese Form der proaktiven Kommunikation ist nicht selbstverständlich, sie erfordert Mut, Klarheit und die Bereitschaft, sich auch unangenehmen Wahrheiten zu stellen.“ Schließlich geht es darum, dass „Menschen sich melden, weil sie sehen, dass ihre Erfahrungen ernst genommen werden“. Mut erfordert es nicht zuletzt deshalb, weil die Offenlegung oftmals ambivalente, emotional aufgeladene Reaktionen hervorruft. Ich danke insbesondere Nancy Janz, die sich gemeinsam mit den Teams von Prävention und Intervention sowie Kriseninterventionsteams und Ansprechpersonen in Gemeinden diesen Situationen stellt. Wir werden dazu heute noch einen Bericht hören.

Aus dem Bericht der Präventionsbeauftragten sexualisierte Gewalt, Pastorin Heike Wegener, geht hervor, dass der Prozess der Erstellung von Schutzkonzepten vorangeschritten ist. Zahlreiche Beratungen zu Schutzkonzepten fanden statt. An den Fortbildungen „Schutzkonzept“ haben 2025 über 150 Menschen teilgenommen, an 22 Basisschulungen über 300. Hinzu kamen unterschiedliche Vertiefungsschulungen. Es ist klar, dass wir hier nicht nachlassen dürfen, zumal noch nicht alle Konzeptentwicklungen abgeschlossen sind, der Schutzprozess dynamisch sein muss

und Konzepte regelmäßig überarbeitet werden müssen. Darum ist auch die Qualifizierung von Multiplikator:innen wichtig. Auch hierzu gab es Schulungen und Treffen. Insgesamt waren es 2025 45 Schulungen mit über 500 geschulten Menschen.

Aus dem Frühförderzentrum der Bremischen Evangelischen Kirche wird über die Arbeit mit den Gewaltschutzkonzepten der KITAS berichtet, zu denen auch die einrichtungsbezogenen sexualpädagogischen Konzepte gehören.

Unter der Überschrift des Schutzes vor Gewalt möchte ich ein anderes Thema ansprechen. Das Recht politisch Verfolgter auf Asyl ist ein Grundrecht (Artikel 16a GG). Kirchengemeinden „bieten Menschen Schutz, wenn ihnen durch eine Abschiebung Gefahr für Leib und Leben oder unmenschliche Behandlung drohen. Hintergründe des Kirchenasyls zeigte eine Ausstellung im Oktober 2024 im Kapitel 8. Die Kirchen beanspruchen mit dieser Praxis keinen rechtlichen Sonderstatus oder rechtsfreien Raum.“⁴⁸ Der Verein Zuflucht schreibt: „Obwohl Kirchenasyl formal im Spannungsfeld zum staatlichen Recht steht, wird es in Deutschland häufig informell toleriert und kooperativ behandelt, sodass Behörden viele Fälle erneut prüfen. Diese Praxis kann Vertrauen stärken, indem sie zeigt, dass staatliche Entscheidungen überprüfbar sind und dass Demokratie den Dialog zwischen Staat und Gesellschaft ermöglicht“. Der Verein berichtet, wie er durch seine Arbeit „einen wichtigen Beitrag zum Schutz demokratischer Werte sowie zur Förderung von Teilhabe und Diversität in der Migrationsgesellschaft“ leistet. Wir haben als Bremische Evangelische Kirche im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Verein Zuflucht organisatorische Schritte unternommen, um die Asylarbeit abzusichern und streben eine intensivere Zusammenarbeit mit der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen in dieser Frage an.

Wie stark ein Gemeinwesen ist, lässt sich am Umgang mit den Schwächsten erkennen. Der Apostel Paulus beschreibt das mit einem sehr schlichten, aber eindrücklichen Bild: „Wenn ein Teil dieses Körpers Christi leidet, dann leiden alle anderen mit“ (1. Kor 12,26). Das Leid, der Schmerz anderer Menschen geht uns unmittelbar an, als Christenmenschen und als Mitmenschen.

14. Die Kirche und die Diakonie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie

Die Kirche und die Diakonie spielen eine wichtige zivilgesellschaftliche Rolle und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die ESG berichtet, dass „Demokratieförderung [...] in die Struktur und Kultur unserer Gemeinschaft eingewoben“ ist. Unser Netz aus Gemeinden und Einrichtungen gestaltet alltägliche und besondere Lebensorte in den Stadtteilen Bremens und Bremerhavens. In der

⁴⁸ https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/kirchenasyl_2025.pdf

Kirche engagieren sich zahlreiche Menschen ehrenamtlich und beruflich für das Gemeinwesen. Die Kirche schafft zahlreiche Gelegenheiten, „um viele Menschen partizipativ in Strukturen einzubinden, in denen ein solidarischer Zusammenhalt und Selbstwirksamkeit für die Gemeinschaft erlebt werden können“.⁴⁹ Nicht zuletzt setzt sich unsere Kirche für den Frieden und Klimagerechtigkeit ein.

In dem Bericht des PE-Teams wird auf die hohe Bedeutung des Ehrenamtes hingewiesen. Ehrenamtsförderung ist [...] Demokratieförderung, [...] wenn sie sich um Gewinnung, Unterstützung, Ermutigung und Qualifikation bemüht“. Wichtig ist auch „eine Wertschätzungskultur, die zeigt, wie groß der kirchliche und gesellschaftliche Beitrag ist, den Ehrenamtliche leisten. Sich freiwillig und unentgeltlich und weitgehend uneigennützig einer Aufgabe zu widmen, die einer Gemeinschaft dient, ist an sich schon demokratiefördernd.“

Von der verbindenden und einbeziehenden Kraft der Kirchenmusik legen die Berichte aus dem Ev. Posaunenwerk und der Kirchenmusik beredtes Zeugnis ab. Ihre Wirkung gegen Einsamkeit und für Zusammenhalt darf nicht unterschätzt werden. Die zahlreichen diakonischen Einrichtungen, die Beratungsstellen, Kitas, Telefonseelsorge und Seelsorge in Institutionen und Gemeinden bieten Hilfe und sind dort, wo es weh tut (1. Kor 12,26). In Zeiten sozialer Kälte schaffen Kirche und Diakonie Orte der Wärme. Und sie fördern, wie erwähnt, die Teilhabe von Menschen. Als ein Beispiel seien hier aus dem Bericht von Pastorin Inga Schönfeld vom Verein für Innere Mission die Ausflüge blinder, sehbehinderter und sehender Menschen in die Kunsthalle genannt.

Auf den diesjährigen Pfarrkonferenzen haben Vertreter*innen des Diakonischen Werks Bremen e.V. ihre vielfältige Arbeit und den neuen Sozialstadtplan Bremen, einen „Wegweiser für soziale Hilfsangebote und Angebote für wohnungslose Menschen und Menschen in Armut“⁵⁰, vorgestellt. Dabei wurde noch einmal die unverzichtbare Arbeit des Diakonischen Werks und seiner Mitgliedseinrichtungen deutlich.

Unsere Kirche bildet zu weiten Teilen die gesellschaftliche Vielfalt ab. Sie ist in allen Stadtteilen vertreten und auch dort gut vernetzt. So hat sie besondere Chancen, Dialogräume zu schaffen, in denen Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Weltansichten und Meinungen miteinander in den Austausch kommen können.

Kirchliches und diakonisches Handeln dient dem Wohl der ganzen Gesellschaft. In dieser Ausrichtung kann es sich am biblischen Doppelgebot der Liebe orientieren:⁵¹ Die Liebe zu Gott ist untrennbar mit der Liebe zu den Nächsten verbunden.

⁴⁹ <https://kmu.ekd.de/kmu-themen/demokratie#c17834>.

⁵⁰ <https://www.sozialstadtplan.de/>

⁵¹ Vgl. Mt 22, 37-38; Mk 12,28-31; Lk 10,25-28.

Verzeichnis der Jahresberichte

Jahresrückblick 2025, Kirchenmusik (David Schollmeyer)

Jahresbericht 2024/2025, Evangelisches Posaunenwerk Bremen
(Landesposaunenwart Rüdiger Hille)

Jahresbericht 2025, Ausbildungsreferat – Personalentwicklung – Projekte
(Pastorin Ulrike Oetken und PE- Team)

Jahresbericht 2025, Evangelisches Bildungswerk
(Stefanie Vollbrecht, Michael Glatz)

Jahresbericht 01.04.2025 - 31.03.2026, Frühförderzentrum der Bremischen
Evangelischen Kirche (Kerstin Wührmann, Constanze Wolters)

Jahresbericht 2025, Gleichstellungsarbeit in der BEK (Antonia Rumpf)

Jahresbericht 2025, Kapitel 8 und Arbeitsbereich „Kirche in City und Überseestadt“-
(Pastor Hans-Jürgen Jung)

Jahresbericht 2025, Arbeitsbereich Religionspädagogik (Annika Riebesehl)

Jahresbericht 2025, Präventionsbeauftragte sexualisierte Gewalt der BEK
(Pastorin Heike Wegener)

Jahresbericht 2025, Fachstelle Sexualisierte Gewalt in der Bremischen
Evangelischen Kirche (Nancy Janz)

Jahresbericht 2025 der Fachstelle Inklusion (Nancy Janz, Clara Beyer).

Jahresbericht 2025 der Evangelischen Studierenden Gemeinde.
(Pastorin Sabine Groen)

Jahresbericht 2025, Seelsorge in Institutionen (Pastorin Christine Kind)

Jahresbericht 2025, Evangelisches Pfarramt der Stiftung Friedehorst gGmbH
(Pastorin Gaby Kippenberg)

Jahresbericht 2025, Seelsorge im Rotes Kreuz Krankenhaus (Pastorin Birgit Wille).

Jahresbericht 2025, Seelsorge in der SAPV und in den Hospizen Brücke und Sirius
(Pastorin Birgit Wille)

Jahresbericht 2025, Seelsorge im Klinikum Links der Weser (Pastorin Beate Rösel)

Jahresbericht 2025, Verein für Innere Mission (Pastorin Inga Schönfeld)

Jahresbericht 2025, Seelsorgeteam im DIAKO (Pastor Thomas Rothe, Pastorin Christine Sprenger, Gemeindereferentin Monika Freericks)

Jahresbericht 2025, Seelsorge in der Egestorff-Stiftung, Michaelishaus, Vertretungsdienste und Schaustellerseelsorger (Pastor Friedhelm Blüthner)

Jahresbericht 2025, Seelsorge im Hospiz Lilge-Simon-Stift/ Bremen-Schönebeck (Pastorin Christine Sprenger)

Jahresbericht 2025, Verein Zuflucht – Ökumenische Ausländerarbeit e.V. (Lars Ackermann)

Verzeichnis der abgekürzt verwendeten Literatur

Albright 2018: Madeleine Albright, Faschismus. Eine Warnung, Köln 2018.

Amlinger / Nachtwey 2025: Carolin Amlinger, Oliver Nachtwey: Zerstörungslust: Elemente des demokratischen Faschismus, Suhrkamp, Berlin 2025.

Applebaum 2021: Anne Applebaum: Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist, München 2021.

Applebaum 2025: Anne Applebaum, Die Achse der Autokraten: Korruption, Kontrolle, Propaganda: Wie Diktatoren sich gegenseitig an der Macht halten, München 2025.

Bingener / Wehner 2025: Reinhard Bingener / Markus Wehner, Der stille Krieg. Wie Autokraten Deutschland angreifen, München 2025.

Dalferth 2022: Ingolf U. Dalferth, Die Krise der öffentlichen Vernunft. Über Demokratie, Urteilskraft und Gott, Leipzig 2022.

Dreier 2018: Horst Dreier, Staat ohne Gott. Religion in der Säkularen Moderne, München 2018.

EKD 1985: Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 41990.

EKD 2025: Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Leipzig 2025.

Heidenreich 2026: Felix Heidenreich, Demokratie unter Druck. Ein Republikanismus der Nachhaltigkeit, Stuttgart 2026.

Herzog 1986: Roman Herzog, Demokratie und Staat, in: Eberhard Jüngel, Roman Herzog, Helmut Simon, Evangelische Christen in unserer Demokratie: Beiträge aus der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh Mohn, 1986,39-53.

Hesse 2025: Hans Hesse, Mariechen. Verfolgung, Verrat und Vernichtung einer Jugendlichen. Eine Dokumentation, Syke 2025.

Jüngel 1993: Eberhard Jüngel, Kirche und Staat in der pluralistischen Gesellschaft, in: Ders., Indikative der Gnade - Imperative der Freiheit. (Theologische Erörterungen IV), Tübingen 2000, S. 296-311.

Kumkar 2025: Nils C. Kumkar, Polarisierung. Die Ordnung der Politik, Berlin 2025.

Mühlhoff 2025: Rainer Mühlhoff, Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus, Stuttgart 2025.

Müller 2021: Jan-Werner Müller, Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit, Wie schafft man Demokratie? Berlin 2021.

Nassehi 2024: Armin Nassehi, Kritik der großen Geste. Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken, München 2024.

Reckwitz 2024: Andreas Reckwitz, Verlust. Ein Grundproblem der Moderne, Berlin 2024.

Rosa 42022: Hartmut Rosa, Demokratie braucht Religion. Über ein eigentümliches Resonanzverhältnis. Basierend auf einem Vortrag beim Würzburger Diözesanempfang 2022. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi, München 42022.

Simon 1986: Helmut Simon, Demokratie und Grundgesetz, in: Eberhard Jüngel, Roman Herzog, Helmut Simon, Evangelische Christen in unserer Demokratie: Beiträge aus der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh Mohn, 1986, 55-73.

Snyder 42025: Timothy Snyder, Der Weg in die Unfreiheit. Russland – Europa – Amerika, München, 42025.

Thiele 2023: Alexander Thiele (Hrsg.), Das Grundgesetz. Verständlich erklärt von Alexander Thiele, Stuttgart 2023.

Vorländer 42020: Hans Vorländer, Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien, München 42020.

Zorn 2017: Daniel-Pascal Zorn, Logik für Demokraten. Eine Anleitung, Stuttgart 2017.

B Was noch zu berichten ist

Gesamtkirchliche Einrichtungen

Alle gesamtkirchlichen Einrichtungen der Bremischen Evangelischen Kirche sind dabei, die Kürzungsvorgaben für ihre Arbeitsfelder umzusetzen. Dabei wird die Kürzung entweder durch eine Refinanzierung von Stellen und Sachkosten oder durch Verminderung des Stellenumfangs erreicht.

Im Arbeitsbereich Seelsorge und Beratung steht derzeit keine Reduzierung von Seelsorgestellen an, da an diese Stellen sehr umfängliche Refinanzierungen geknüpft sind. Personalreduzierungen würden zu einer Reduzierung der Refinanzierung führen. Vielmehr ist eine stufenweise Anhebung der Refinanzierung angestrebt. Eine Refinanzierung in den Bereichen Telefonseelsorge und Gefängnisseelsorge ist derzeit allerdings weiter nicht in Sicht. Der Kirchenausschuss wird die Entwicklung in diesem Arbeitsbereich weiter im Blick behalten.

Das Forum Kirche wird verkauft. Auch aus diesem Grund stehen weitreichende Veränderungen der Arbeitsbereiche, die bisher im Haus Hollerallee zusammengearbeitet haben, an. Die Leitungsstelle des Forum Kirche besteht seit dem 01.01.2026 nicht mehr. Zum Ende dieses Jahres sollen alle Umstrukturierungen abgeschlossen sein. ESG und Landesjugendpfarramt wechseln den Standort und ziehen in die Neustadt. Hier wird derzeit die Paulikirche für die Nutzung durch die ESG umgebaut. In der Kirche wird auch ein multifunktional nutzbarer Raum zur Verfügung stehen. Das Landesjugendpfarramt ist bereits hier im Gemeindehaus St. Pauli eingezogen. Die Kürzungen für den Schulpool und den Jugendpool werden umgesetzt.

Das Ev. Bildungswerk bereitet sich mit den integrierten Arbeitsfeldern Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt und Fachstelle Alter auf den Auszug aus dem Haus Hollerallee vor. Perspektivisch werden die Arbeitsbereiche gemeinsam mit der Flüchtlingsarbeit und der Norddeutschen Mission am Standort Alt Hastedt zusammenziehen.

Auch das Haus der Kirche wird derzeit umgebaut, um Platz für den fusionierten Arbeitsbereich Bibliothek und Medien sowie den zusammengelegten Arbeitsbereich Personalentwicklung und Religionspädagogik zu schaffen.

In einem extern moderierten Beratungsprozess wurde in den letzten sechs Monaten die Neuaufstellung unserer Öffentlichkeitsarbeit angebahnt. Eine Stellenausschreibung für eine Leitungsstelle ist auf den Weg gebracht. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Entwicklung einer modernen

Kommunikationsstrategie mit dem Schwerpunkt auf Social Media Kommunikation, Beratung der Gemeinden und Beratung der Kirchenleitung in strategischen Fragen der Kommunikation sowie Netzwerkarbeit in die City hinein. Der Kirchenausschuss weiß, dass die lange Vakanz für die Mitarbeitenden der Öffentlichkeitsarbeit viele Belastungen mit sich gebracht hat – an dieser Stelle sei ein großer Dank an alle Mitarbeitenden dort ausgesprochen.

Im Arbeitsbereich Kirche in City und Überseestadt erfolgt derzeit eine Evaluation der Arbeit der Überseekirche. Sobald diese vorliegt, wird der Kirchenausschuss über die weiteren Perspektiven dieser Arbeit beraten.

Die vakante Leitungsstelle der Kulturkirche konnte erfolgreich besetzt werden. Wir freuen uns, dass mit Anabell Karbe eine erfahrene Leitung gewonnen werden konnte. Da Frau Karbe auch im Evangelischen Bildungswerk arbeitet, sind hier durchaus Synergieeffekte zu erwarten.

Im Bereich der Innenstadtkirchen standen bzw. stehen die Wiederbesetzung der Leitungen für den Knabenchor und die Mädchenkantorei an. Der Kirchenausschuss steht zu seiner Bereitschaft, beide Chöre als Leuchtturmprojekte auch weiter durch Sonderpunkte zu fördern.

Ökumene und Politik

In diesem Jahr finden die Feierlichkeiten anlässlich des Tags der Deutschen Einheit am 3. Oktober in Bremen statt. Unter dem Motto „Viele Stärken – ein Land“ präsentiert nicht nur die Stadt und Stadtgesellschaft die Vielfalt unseres schönen Bremens, auch die Kirchen zeigen ihre Vielfalt und Stärke in besonderer Weise. In ökumenischer Verbundenheit, zusammen mit dem katholischen Bistümern Osnabrück, Hildesheim und der ACK Bremen, gestalten wir den Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im St. Petri Dom, der an diesem Tag live vom ZDF übertragen werden wird. Daneben beteiligen sich die Kirchen mit verschiedenen kulturellen Angeboten, Ständen von kirchlichen Einrichtungen und Projekten sowie interreligiösen Friedensgebeten am Bürgerfest rund um den 3. Oktober. Die Feierlichkeiten bieten eine besondere Gelegenheit, das Verbindende in den Mittelpunkt zu stellen und die Werte zu würdigen, die unser Zusammenleben in Kirche und Gesellschaft prägen (sollten): Respekt, Solidarität und Zusammenhalt. In verschiedenen Formaten soll so die Botschaft des Miteinanders auf lebendige Weise erfahrbar gemacht werden. Wir freuen uns darauf, gemeinsam den Tag der Deutschen Einheit in Bremen zu begehen – als ein Fest der Vielfalt, der Gemeinschaft und des gelebten Miteinanders.

Bremen feiert nicht nur den Tag der Deutschen Einheit in diesem Jahr, sondern zugleich ein besonderes Jubiläum: die 50-jährige Städtepartnerschaft zwischen Danzig und Bremen. Im Laufe dieses Jahres haben bereits viele verschiedene Veranstaltungen aus den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Politik dazu eingeladen

– und laden weiterhin dazu ein –, diese besondere Verbindung der beiden Hansestädte gebührend zu feiern. Und so feiern auch wir am Wochenende des 20. und 21. Juni Gottesdienste mit Mitgliedern der evangelischen Gemeinde aus Danzig und Bischof Dr. Marcin Hintz in der Kirche Unser Lieben Frauen und der Andreas-Gemeinde. Darüber hinaus sind bereits weitere Besuche in Danzig und Sopot geplant: Ende August / Anfang September fahren Jugendliche der Gemeinden Andreas und Horn nach Sopot und Danzig, um die Partnerschaft auch für die jüngere Generation lebendig zu gestalten. Ebenfalls im September werde ich gemeinsam mit einigen Musikerinnen und Musikern des Posaunenwerks Bischof Dr. Hintz und politische Vertretende in Danzig treffen. All diese vielen unterschiedlichen Begegnungen unterstreichen, wie wertvoll und lebendig diese Städtepartnerschaft ist. Und sie zeigt einmal mehr, wie aus einer formalen Verbindung eine echte Gemeinschaft wird, die über Ländergrenzen hinweg Brücken baut und verbindet.

Ausbildungsreferat und Personalentwicklung

Das Ausbildungsreferat beobachtet, begleitet und gestaltet aktuelle Entwicklungen im Bereich der Ausbildung zum Pfarrberuf und den verkündigenden Berufen sowie der Prädikantenausbildung, die sich EKD-weit vollziehen.

Diese Entwicklungen betreffen zum Beispiel die bevorstehende Umstellung des Theologiestudiums auf eine Bachelor/Master-Struktur, den Trend zum Fakultäts-examen, die abnehmende Bedeutung der Liste der Theologiestudierenden, ein neues Aufnahmeverfahren zum Vikariat, die Umstellung des Curriculums des Predigerseminars, Anpassungen im Ablauf des Vikariats in Bremen oder eine neue Prüfungsordnung für das zweite theologische Examen.

In der Personalentwicklung ist die Fachstelle Ehrenamt zum 1. Juli 2026 mit Katrin Gülke wieder besetzt. Seit dem 1. September 2025 ist mit Anke Holfter auch die Fachstelle Kirchenmusik besetzt. Ansprechperson für die diakonisch-pädagogischen Mitarbeitenden ist Ulrike Oetken.

Das PE-Team kümmert sich weiter um Belange der verschiedenen Berufsgruppen der BEK, arbeitet aber auch berufsgruppenübergreifend in Themenbereichen wie Vereinbarkeit, Gesundheitsförderung und Fortbildung.

In beiden Arbeitsbereichen wird sichtbar, wie sehr die Kirche sich mit den Menschen, die in ihr heute und zukünftig arbeiten, verändert. Berufsbilder und Herausforderungen wandeln sich und damit auch die Anforderungen an Aus-, Fort- und Weiterbildung.